

Beschlüsse

zur Drucksachenummer

00140/2014

Transparenz herstellen – Elternvertretungen zu Neuregelungen im Zusammenhang mit der Essensversorgung in Kindertagesstätten umfassend informieren

Beschlüsse:

10.11.2014	Stadtvertretung
004/StV/2014	04. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtvertretung

Bemerkungen:

1.
Die Antragstellerin hat ihren Antrag im Begründungsteil zur heutigen Sitzung in aktualisierter Fassung vorgelegt.
2.
Es liegt ein Ersetzungsantrag der SPD-Fraktion vom 07.11.2014 vor.
3.
Das Mitglied der Stadtvertretung Herr Dirk Lerche stellt mündlich folgenden Änderungsantrag zum Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt ergänzt:
„Die Elternvertretungen sind in den Entscheidungsprozess mit einzubeziehen.“
4.
Vor Abstimmung zu den Anträgen beantragt die SPD-Fraktion eine Auszeit. Die Auszeit wird in der Zeit von 19.42 Uhr bis 19.51 Uhr gewährt.
5.
Die 1. Stellvertreterin des Stadtpräsidenten stellt sodann den Ersetzungsantrag der SPD-Fraktion vom 07.11.2014 zur Abstimmung:

„Die Stadtvertretung möge beschließen:
Der vg. Antrag wird durch folgenden Text ersetzt:
Die Stadtvertretung begrüßt die vom Landtag Mecklenburg-Vorpommern im Sommer 2013 beschlossene Änderung des Kindertagesförderungsgesetzes (KiföG) und stellt fest, dass die KiföG-Novelle mit deutlichen Verbesserungen für die Schweriner Kinder und Eltern verbunden ist.“

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt dafür Sorge zu tragen, dass bei der Umsetzung der zum 1. Januar 2015 in Kraft tretenden Änderungen des Kindertagesförderungsgesetzes von den

Trägern der Kindertageseinrichtungen, insbesondere der Kita gGmbH, die Mitwirkungsrechte der Elternvertretungen nach § 8 KiföG M-V eingehalten werden.

Darüber hinaus hat die Oberbürgermeisterin dafür zu sorgen, dass umfangreiche Informationen

zu der vereinbarten Pauschallösung bei der Abrechnung der Verpflegungskosten allen betroffenen Eltern umgehend und nachvollziehbar zur Verfügung gestellt werden.

Insbesondere

ist hierbei die Frage zu beantworten, wie die Preisgestaltung bei Kindern erfolgen soll, die regelmäßig an einzelnen Mahlzeiten nicht teilnehmen.“

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich bei einigen Dafürstimmen und einigen Stimmenthaltungen abgelehnt

6.

Die Fraktion DIE LINKE übernimmt den Änderungsantrag vom Mitglied der Stadtvertretung Herrn Dirk Lerche.

7.

Die 1. Stellvertreterin des Stadtpräsidenten stellt sodann den Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert, im Zusammenwirken mit den Trägern von Kindertagesstätten eine umfassende Information, insbesondere der Elternvertreter über die mit der Änderung des KiföG einhergehenden Änderungen bei der Essensversorgung sicherzustellen.

Die Elternvertretungen sind in den Entscheidungsprozess mit einzubeziehen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig bei sechs Stimmenthaltungen beschlossen